

Mülheim etatlos und wüstes Durcheinander: Chaos pur, in MH a.d. Ruhr?



Es geht schwer drunter und drüber in der kleinen Großstadt mit –bania a.d. Ruhr im Jahr von Kulturhauptstadt 2010, dem haushaltslosen Mölmschen Jährchen. Bekanntlich verschob eine hauchdünne rot-rot-grüne Mehrheit die Etatverabschiedung auf Okt., nachdem sie kurz zuvor von einer Kungelrunde aus SPD, CDU, FDP und Grünen bereits von Mai auf Juli verschoben worden war. Angeblich soll der Kämmerer nun im Juli einen Doppelhaushalt 2010/2011 einbringen, der dann im Okt. verabschiedet werden soll. Doch richtig offiziell ist noch nichts. Egal: Wenn das so ist, sollte man denken, der Kämmerer legt den neuen Haushalt vor und danach wird darüber beraten und entschieden.

Nicht so in Mülheim: Nach dem ganzen Durcheinander der letzten Monate wird erst entschieden und danach kommt der Etatentwurf. Hat echt was!

Am Montag im Bildungsausschuss soll es u.a. um Erhöhung von OGS- und KiGa-Gebühren gehen. Die Reduzierung der Bertreuungstellen bei OGS wurde bereits im Rat vor 2 Wochen von SPD und CDU beschlossen. Na denn!

Zum Hauptpunkt „Bildungsentwicklungsplanung“ stellt aber der teure Gutachter lediglich seine Kriterien vor. Das ist aber genau der Punkt, bei dem es richtig um Geld geht, nämlich um die Frage von Schulschließungen. Nur da verschiebt und verzögert sich alles, wird viel Geld für Gutachter oder eine erneute Machbarkeitsstudie selbst zum Uralt-Projekt Berufsschulzentrum (sog. Projekt PPP3) ausgegeben. Gleichzeitig wurde mit dem PPP-Projekt Nr.2 für 3 bis 4 Schulen im Paket gerade erst Schulentwicklung faktisch mit beschlossen, weil die Stadt aus den Verträgen über 25 Jahre inkl. Betreuung und „Forfaitierung mit Einredevorzicht“ nicht mehr heraus können wird!

Für Donnerstag, den 17.6., wurde eine Sondersitzung Hauptausschuss verordnet. Dort sollte per Dringlichkeitsbeschluss die Erhöhung der Grundsteuern A und B sowie die drastische Erhöhung der Hundesteuern bis zu 70% beschlossen werden, damit diese dann rückwirkend ab 1. Jan. 2010 abkassiert werden könnten. Der Rat hatte am 27.5. mehrheitlich dagegen gestimmt, diese Maßnahmen im Vorgriff zu beschließen, nachdem vorher die Etatverschiebung auf Okt. beschlossen worden war. Doch auch im HA fanden sich keine andere Mehrheiten, um den Rat per Dringlichkeitsbeschluss außer Kraft zu setzen! SPD+Grüne reicht eben nicht! **Also: Erst einmal keine Steuererhöhung! Es war auch ein sehr dreister Versuch!**

Dann sollten im HA noch der „alte“ Haushaltsentwurf NKF für 2010 (wieso eigentlich, wenn er als Doppelhaushalt erst im Juli kommt??!?) und ca. 60 HSK-Maßnahmen beraten und beschlossen werden, fast ein Drittel der gesamten ursprünglichen „Giftliste“ vom Feb.. Dann noch 31 Bürgervorschläge uswusf.. Wurde alles abgesetzt!

Ist ja alles ohne vorliegenden Haushaltsentwurf leicht gaga. Wer eigentlich diese absurde Sondersitzung beschlossen hatte, blieb ebenso unklar. Die MBI wurden jedenfalls nicht gefragt!



Genauso chaotisch geht es auch in anderen Bereichen zu. Beispiel Finanzierung des Stadionumbaus durch Umwandlung der heutigen Sportplätze Blötterweg und Hochfelder Str.. Wie gesagt: Bei Nothaushalt ist solch eine unseriöse Finanzierung verboten, Bspl. RW Essen! Also geschah folgendes alles noch schnell, bevor nach Okt. Nothaushalt real wird: Die BV 2 bewilligte letzte Woche mehrheitlich per Dringlichkeitsbeschluss(!) Gelder für den Umbau des Ruhrstadions in Styrum. So kann am 24.6. der 1. Spatenstich erfolgen. Die B-Pläne für Blötterweg+Hochfelder Str. lagen bis Mitte Mai aus. Jetzt wurde eine Sondersitzung der BV 3 für Anfang Juli verordnet, einzig um den Satzungsbeschluss der beiden Pläne im Schweinsgalopp zu beschließen, denn im Rat am 9.7. soll endgültig beschlossen werden. So kann dann der RP nach der (evtl.?) Etatverabschiedung im Okt. nichts mehr zu der Gegenfinanzierung der ohnehin laufenden Umbaumaßnahme mehr sagen. Ob und wann wieviel Geld real für den Verkauf der Flächen fließt, interessiert ohnehin genauso wenig wie die Frage des den 2 Grundschulen weggenommenen Schulsportplatzes Hochfelder Str. ohne erkennbaren Ersatz!

Die MBI hatten für den regulär angesetzten Sportausschuss am 22.6. eine Anfrage zu der unseriösen Finanzierung gestellt und siehe da: Noch am gleichen Tag wurde die Absage des Sportausschusses verkündet – mangels Themen(!).

Noch Fragen? Besser nicht, nur hat das alles mit geregelten Abläufen nichts mehr zu tun, mit Demokratie noch weniger. Wie sollen normale Bürger oder Betroffene wie z.B. Lehrer, Eltern, Schüler der betroffenen 2 Speldorfer Grundschulen noch durchblicken können?

**Perspektivloses Mülheimer Haushaltssicherungskonzept!
MBI werden das meiste nicht mittragen, weil vieles undurchdacht,
unverhältnismäßig oder kontraproduktiv ist!**

Das sog. „Haushaltssicherungskonzept“ (HSK) von Kämmerer Bonan wurde bis zur Ratssitzung am 18.2. als sog. „Giftliste“ streng geheim gehalten. Je genauer man sich die Liste anschaut, je unbrauchbarer ist sie.

- Viele angeführten Maßnahmen bedürfen keines Beschlusses, wie z.B. Nr. 68 „Förderung der Entgeldumwandlung“, d.h. die Stadt spart Sozialabgaben, wenn Beschäftigte einen Teil ihres Gehaltes für Altersversorgung umwandeln (riestern). Die erhoffte Einsparsumme von 100.000 Euro ist weder durch Beschluss möglich, noch sonstwie. Warum wurde das nicht im „normalen“ Haushalt berücksichtigt?
- Etliche Punkte sind reine Luftnummer wie z.B. Nr. 192 „Zinsaufwandsreduzierungen durch nicht benötigte Kredite aufgrund der HSK-Maßnahmen“ – wird mit bis zu 5,15 Mio. pro Jahr angesetzt. Toll, das bringt dann z.B. für 2013 ein deutliche Ausgabenminus, ist aber so real wie die Jungfrauengeburt.

- Andere Punkte sind kontraproduktiv, weil auf Dauer teurer als die erhoffte Einsparung, wie z.B. beim drogenmed. Dienst, der Aufgabe des Tierheims, der Schuldnerberatung oder dem Museum.
- Bei wieder anderen Punkten wären kürzliche, hohe Investitionen für die Katz gewesen wie beim Umbau der Stadtteilbücherei in der Gustav-Heinemann-GS, beim Museum, beim Natur- und beim Wennmannbad. Also das „Modell“ Vergärungsanlage in Serienschaltung?
- Viele Punkte treten gerade den engagiertesten Ehrenamtlern unserer Stadt voll ins Kreuz, bringen aber zur Haushaltssanierung wenig
- **Andere Punkte aber sind schlichtweg illegal oder zumindest höchst bedenklich:** Nr. 186 z.B. lautet **„Reduzierung des öffentlichen Anteils an der Straßenreinigung“** und soll 250.000 pro Jahr „sparen“. Ob das erlaubt ist? **Nr. 193: „Ausschüttung Abwasserbeseitigungsbetrieb“** ist eindeutig verboten!

Und so schrumpfen die Bonanschen Vorschläge beim genaueren Hinschauen wie Butter in der Sonne. Viel Unausgegorenes, Wirkungsloses oder sogar Kontraproduktives!

Übrig bleiben zum einen saftige Steuererhöhungen bei Grund-, Gewerbe- und Hundesteuern, die Mülheim z.T. in Spitzenpositionen beim Abkassieren brächten, was sich schnell zum Bumerang entwickeln kann! Zum zweiten die Schließung der beiden Bäder, die aber nicht wirklich umzusetzen sein wird, und viele kleinere Einschnitte, die für wenig Einsparpotenzial vieles zerstören.

Das werden die MBI nicht mittragen. Haushaltssanierung nur über Steuererhöhungen ist zukunftslos. Nur über drastische Einschnitte bei der Verschwendung und den „heiligen Kühen“ kann ein Schritt in Richtung Haushaltssanierung getan werden.

Im Übrigen: **„Weiter wie gehabt“ zu propagieren und der Bevölkerung eine perspektivlose „Giftliste“ zur Haushaltssicherung zu präsentieren, die außer meist nutzlosem Kahlschlag im Sozial-, Kultur- und Sportbereich den Stadtfinanzen nichts bringt, ist kurzsichtig. Wenn demnächst die Zinsen für Kassenkredite auch nur um 1% wieder steigen, was eine eher untertriebene Prognose ist, werden alle diese Einsparungen am städtischen Leben als solchem mit einem einzigen Federstrich zunichte gemacht! Wenn der Rest aber weiterläuft wie gehabt, wird die Explosion der Verschuldung die Stadt Mülheim dann endgültig handlungsunfähig machen.**

Mülheimer Haushalt: Zu viele Häuptlinge, viel zu viel Verschwendung und völlig intransparent!

Der Haushalt der Stadt Mülheim ist vollständig aus den Fugen geraten, wenn man auch noch die ganzen Umwegfinanzierungen mit berücksichtigt, ob für Ruhrbania, Feuerwehr, Medienhaus, PPP-Schulen, stadtdenkmalsgeschichtliches Museum, Rathaus, Stadion uswuf.. Diese Rieseninvestitionen stehen nur in geringen Bruchstücken als solche im Haushalt. Die Grundgesetzvorgabe, dass in öffentlichen Haushalten Neuinvestitionen nicht mehr kosten dürfen als die Neuverschuldung ausmacht, ist mit Finanz- und Bilanztricks damit außer Kraft gesetzt. Auch die Ende Mai 2009 in Berlin beschlossene Ergänzung des Grundgesetzes mit der sog. „Schuldenbremse“, wenn auch als Schuldenverbot erst endgültig wirksam ab 2020, wurde z.B. mit dem jüngsten Beschluss des PPP-Schuldsanierungspaketes und seiner 25-jährigen Laufzeit bereits jetzt unterlaufen, denn bis 2035 kommt die Stadt mit „Forfaitierung und Einredeverzicht“ aus der Geschichte inkl. Betreuung von 4 Schulen nicht mehr heraus. Das alleine sind bereits über 6 Mio. jährlich mit steigender Tendenz. Das ist nicht nur der nächsten Generation gegenüber unverantwortlich, es missachtet auch die Grundgesetzvorgaben. Wie eine Aufsichtsbehörde wie der RP das so einfach genehmigen kann, wirkt unverständlich.

Was und wie der gesamte Bereich der Investitionen in Zukunft noch gestaltet werden kann, nachdem die Stadt sich in den letzten Jahren hier eindeutig übernommen hat, ist ein sehr schwieriges Kapitel. Dabei war es besonders unverantwortlich, auch nach den Kommunalwahlen letzten Aug. noch alles genauso weiterzumachen oder zu beginnen, als gäbe es kein Etatproblem (u.a. Ankauf ex-Arbeitsamt, Brückenkopf-Umbau, PPP-Projekt, Stadionumbau, stadtdgeschichtl. Museum). Neben der dringend wieder einzuführenden Haushaltswahrheit und –klarheit wird es in den nächsten Jahren darum gehen müssen, die gesamten Prioritäten neu zu bestimmen, weil der Verfügungsspielraum sich durch die vielfältigen längerfristigen Verpflichtungen drastisch verringert hat. Zweite Voraussetzung für ernstgemeinte Haushaltssanierung ist die Eindämmung der riesigen Verschwendungskosten für Gutachteritis oder für die von der Stadt zusätzlich angemieteten 1001 Räume und Stellen, z.T. sogar unabhängig von der Ämterstruktur und vom Rathaus selbst wie Agenda-, Klima-, Familienbüro, Bürgeragentur uswusf.

Unabhängig davon gilt es, den Haushalt mittelfristig ohne Bilanztrickserei wieder ausgeglichen zu bekommen, indem Einnahmen und Ausgaben ins Lot gebracht werden.

Natürlich muss die Kommunalfinanzierung nach dem schon lange geforderten Konnexitätsprinzip dringend verbessert werden, natürlich muss der Solipakt Ost verändert oder abgeschafft werden, doch dies alles ist nur ein Teil der Malaise. Prof. Blotevogel hat für Hagen nachgerechnet, dass ca. 70% der Hyper-Verschuldung selbstgemacht sind und nur 30% durch die Unterfinanzierung der Kommunen. In Mülheim mit seiner gigantischen Verschwendung dürfte der selbstverschuldete Eigenanteil noch höher liegen als in Hagen.

Deshalb muss auch der ganz große Ausgabenblock Personalkosten in seiner Gesamtheit, d.h. inkl. der ausgliederten Beteiligungen, schnellstmöglich umstrukturiert werden.

In den letzten 15 Jahren hat es ununterbrochen Ausgliederungen gegeben, ob als Eigenbetriebe oder als GmbHs mit und ohne private Beteiligung. Der größte Teil von Dezernaten und Ämtern aber blieb bestehen. So hat die Stadt im Ergebnis eine kaum noch überschaubare Zuständigkeitsstruktur, häufige Parallelstrukturen und vor allem eine Inflation der sog. overheadkosten (früher sagte man „Wasserköpfe“). Ohne diese nach und nach und bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder zu verringern, wird keine Haushaltssanierung gelingen können. Parallelstrukturen erzeugen u.a. Koordinierungsbedarf und sie sind vom Kämmerer nicht mehr wirklich steuerbar und der Politik größtenteils entzogen..

Dringend wäre hier die Auflösung der MST mit Eingliederung aller MST- und MSS-Immobilien in den Immobilienservice, egal ob dieser weiter als Eigenbetrieb oder „rückgeführt“ wird zu einem Liegenschaftsamt. Der Bereich Wirtschaftsförderung der MST wird von M&B übernommen, Öffentlichkeitsarbeit wieder zu Dezernat 1 (Presse - und Kommunikationsabteilung), Veranstaltungsmanagement geht zu Kultur, egal ob als Eigenbetrieb oder als –amt.

Für den gesamten Bereich der sog. Kernverwaltung muss festgelegt werden, wohin der Zug fahren soll. Ziel muss es sein, auf Dauer die gesamten Personalkosten deutlich zu senken, dies sozialverträglich zu tun und die Hierarchien deutlich abzuflachen.

Dazu schlagen die MBI folgendes vor:

- 1. Auf mittlere Sicht Reduktion der Dezernate auf 3, wann immer sich die Möglichkeit ergibt, evtl. auch sogar früher**
- 2. Alle Ämter werden mit k.w. belegt. Wann immer ein Amtsleiter geht, wird als erstes geprüft, ob das Amt mit einem anderen zusammengelegt werden kann oder ganz bzw. in Anteilen von oder mit einer Nachbarstadt gemeinsam weitergeführt werden kann.**
- 3. Ab sofort muss gelten: Keine weitere Aufstockung des gesamten Personalbestandes.**

Zu 3.)

Im Stellenplan des Etatentwurfs für 2010 steht:

Beamte:

Tatsächlich besetzte Stellen am 30.6.2009 670,97 und Zahl der Stellen 2010 709,35

Tariflich Beschäftigte:

Tatsächlich besetzte Stellen am 30.6.2009 1362,58 und Zahl der Stellen 2010 1431,39

Mit anderen Worten: 2010 soll es alleine im Kernbereich 39 mehr Beamte und 69 mehr tariflich Beschäftigte bei der Stadt Mülheim geben können! In einer schrumpfenden Stadt mit 97 Mio. Haushaltsloch 2010 indiskutabel!

Deshalb die 1. MBI-Forderung:

- **Für 2010 Einfrieren der Stellen auf den Stand vom 30.6.2009!**
- **Ab 2011 Stellenabbau, aber ohne betriebsbedingte Kündigungen**

In den vergangenen Jahren wurden verschiedene „Stabstellen“ geschaffen, auf denen u.a. ehemalige Amts- oder Werksleiter „geparkt“ wurden.

Deshalb die 2. MBI-Forderung: Sukzessive Abschaffung, keine neuen Stabstellen mehr!

Hatte früher ein Dezernent eine Sekretärin und höchstens mal 1 Referenten, so sind dies heute gleich mehrere hochbezahlte Stellen, die dann unter „Verwaltungsführung/Verwaltungssteuerung“ geführt werden. Je Dezernat sind hier inzwischen bis zu 6 Beschäftigte tätig, im Dez. I der OB unter Garantie noch mehr. (aus dem Stellenplan dazu: Dez. II 3 Beamte/2 Tarifbeschäftigte/ Dez. III 4 Beamte/1 Tarifbeschäftigte/ Dez. IV 4 Beamte/ 2 Tarifbeschäftigte/ Dez. V „nur“ 2 Tarifbeschäftigte/ Dez. VI 2 Beamte/3 Tarifbeschäftigte, Dez. I keine Angaben erkennbar)

Deshalb die 3. MBI-Forderung:

- **Sukzessive Reduktion der „Verwaltungsführung/Verwaltungssteuerung“ in allen Dezernaten**

Weitere Einsparmöglichkeiten und -vorschläge nach Dezernaten im einzelnen:

- **Für alle Dezernate und Beteiligungsgesellschaften: Sukzessive Reduzierung der bisherigen Dienstwagenflotte auf ein unvermeidbares Minimum**

Dezernat 1:

- **Verzicht auf Teile der bisherigen Repräsentation, u.a. einige der Empfänge**
- **Aussetzen der Ehrengaben, -ringe, -spangen für 5 Jahre inkl. der zugehörigen Empfänge**
- **In der Kostenstelle Presse Verzicht auf Stadtfotografenstelle und Stellenanteile für den Verkehrsverein, dafür Erhalt des Zuschusses für Stelle beim Verein für Städtepartnerschaft**
- **Reduzierung Stellen bei der Abt. „Wahlen“, weil vor 2012 wahrscheinlich keine Wahlen mehr stattfinden, und Verwendung an anderer Stelle**

Dezernat 2:

- **ÖPP-Stabstelle (5 Stellen) sofort streichen**
- **Baldige Zusammenlegung der Ämter 20 und 32: die GPA hatte die Streichung von 12 Stellen empfohlen, im Haushalt sind es nur 2! Personal könnte in die Bußgeldstelle Amt 32**
- **Amt 24 hat ganze 13 Stellen mehr als 2008! Aktuell ist sogar wieder eine weitere A 11-Stelle neu ausgeschrieben. Die Mehrarbeit durch Umstellung auf NKF ist seit 2008 beendet! Also Reduktion der ca. 50 Stellen auf den Stand von 2008!**

Dezernat 3:

- **Stabstelle Korruptionsprävention streichen**
- **Wegfall der freiwilligen Leistung „Strategien und Projekte“**
- **Wegen gesunkener Fallzahlen die Stellenzahl „Ausländerwesen“ (23) und „Sondernutzungserlaubnisse Schwerlastverkehr“ reduzieren**
- **Bei Bußgeldverkehr das Gegenteil (30% mehr), Aufstockung z.B. durch frei werdendes Personal aus „Vollstreckung“ bei Amt 20**

Dezernat 5:

- Stellenreduzierung bei „Stadtforschung und Umfragen“ (5,6 heute), „Statistik etc.“ (2,3) und „Steuerung und Koordination Integrationsprozesse“ (2, Wegfall?)
- Amt 50: Reduzierung bei „Förderung Wohnraum“ (12,8), da Rückgang Fallzahlen
- Dagegen Aufstockung bei Hygiene- und Lebensmittelüberwachung

Dezernat 6:

- Stellenreduzierung bei „Grundstückswertermittlung“, „Wohnraumsicherung“, „Bestandskontrolle“, „Vermessung etc. von Geobasisdaten“ wg. gefallener Fallzahlen
- Weitere Einsparungen bei „Städtekooperation“, „Räumliche Planung“, „Bauaufsicht“ (19), „baubehördliche Beratung“ (9)
- Überprüfung Verdoppelung der Stellen bei „Denkmalschutz“ von 09 auf 2010
- Ebenso 3 Stellen mehr bei „Maßnahmen Umweltschutz (auf 21,8), Stelle „Luft-Klima-Lärm“ neu
- Reduzierung Stellen Kleingartenanlage (5,4 Stellen wofür?)

Uswusf.....

Zusammenfassung: „Raus aus den Schulden“ – aber wie?

Will man den Mülheimer Haushalt nach derart vielen Fehlentwicklungen in den Griff bekommen, müssen einige Weichen ganz neu gestellt werden:

Gutachteritis, Personalaufblähung, insbesondere der höheren Ebenen, und unbezahlbare Prestigeprojekte müssen zurückgefahren werden, Schattenhaushalte und Umwegfinanzierung müssen abgeschafft werden, d.h. auch Privatisierung und PPP nach und nach rückabzuwickeln.

- Natürlich kann z.B. etliches bei Repräsentation, Dienstwagen, Empfängen, Ehrungen etc. gespart werden.
- Natürlich führt insbesondere im Ruhrgebiet kein Weg an ernsthafter städteübergreifender Kooperation und Aufgabenaufteilung mehr vorbei.
- Natürlich muss auch die Kommunalfinanzierung deutlich verbessert werden.
- Natürlich muss der Solipakt Ost geändert oder abgeschafft werden, insbesondere für bankrotte Städte im Ruhrgebiet oder im Bergischen Land.
- Natürlich muss der Bund mehr für die Mietkosten der Hartz IV-Empfänger an die Kommunen zahlen,

doch alles hilft wenig, wenn vor Ort weiter gewirtschaftet wird wie in Mülheim.

Das wäre dann ein Fass ohne Boden, nur beschäftigt damit, wie man mit Bilanzierungstricks oder Umwegfinanzierungen auch gegen jegliche Vernunft Geld ausgeben kann und seine Leute bedient auf Teufel komm raus! **Für alles nämlich gilt: Die Wiedereinführung der Grundsätze von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit ist dringende Voraussetzung, um nicht wie die Griechen mit dem Rücken durch die Wand zu fallen!**

Kommt mehr Geld aus Düsseldorf, Berlin oder Brüssel, so wird nur mehr ausgegeben, nicht aber gespart!